

Editorial

von Barbara Ischinger, Direktorin für Bildung

Bildungsinvestitionen und -innovationen für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung

Die diesjährige Ausgabe von *Bildung auf einen Blick* wird zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, da sich alle Aufmerksamkeit auf die Finanzkrise und ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen richtet. Die vorgestellten Untersuchungen stützen sich auf Daten bis zum Jahr 2007, daher enthält diese Ausgabe noch keine Einschätzungen der Auswirkungen der Krise auf die Bildungssysteme, dennoch werden wichtige Faktoren für die Diskussion darüber präsentiert, wie Investitionen in das Humankapital zum wirtschaftlichen Wiederaufschwung beitragen können.

Bildung ist schon immer eine entscheidende Investition in die Zukunft gewesen – die Zukunft des Einzelnen, der Wirtschaft und der jeweiligen Gesellschaft. Im Durchschnitt der OECD-Länder beläuft sich der staatliche Nettoertrag aus einer Investition in einen Abschluss im Tertiärbereich pro Studierenden auf mindestens 50.000 US-Dollar (Indikator A8). Auch für den Einzelnen wird ein längerer Verbleib im Bildungssystem im Laufe der nächsten Jahre wahrscheinlich immer interessanter werden: So sinken beispielsweise die Opportunitätskosten der Bildung, wenn es schwieriger wird, eine Beschäftigung zu finden, und diese Opportunitätskosten bzw. entgangenen Einkommen während des Studiums sind schließlich in der Regel der größte Kostenfaktor für die Studierenden (außer in den Vereinigten Staaten, da dort die Studiengebühren sehr hoch sind) (Indikator A8). Sinkende Opportunitätskosten sprechen auch für verstärkte private Investitionen in Bildung, und da besser Ausgebildete eher im Arbeitsmarkt verbleiben (Indikator A6), nimmt der Nutzen der Bildung dadurch weiter zu. Und schließlich wird es in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs eher schwieriger werden, mit einem neu erworbenen Abschluss in den Arbeitsmarkt einzutreten, da Arbeitgeber Stellen streichen und junge Absolventen mit erfahreneren Beschäftigten konkurrieren.

Es sind auch wichtige Aspekte der Chancengleichheit zu berücksichtigen, wenn sich die Beschäftigungsaussichten für die weniger Qualifizierten verschlechtern. Die Bildungsbeteiligung der 15- bis 19-Jährigen hat zwar in den meisten Ländern stetig zugenommen (Indikator C1), dennoch verlässt eine beachtliche Minderheit das Bildungssystem, ohne eine ausreichende Mindestqualifikation zu erwerben. In den OECD-Ländern sind mehr als 40 Prozent der Menschen ohne einen Abschluss im Sekundarbereich II erwerbslos (Indikator A6). Und selbst diejenigen mit einem höheren Bildungsabschluss stehen schlecht da, wenn sie arbeitslos werden. Etwa die Hälfte der 25- bis 34-jährigen Erwerbslosen mit einem Abschluss des Sekundarbereichs I und II sind Langzeiterwerbslose (Indikator C3). Fort- und Weiterbildungsangebote sind oft

darauf ausgelegt, Defizite bei der Erstausbildung auszugleichen, aber tatsächlich ist die Beteiligung derjenigen mit hohen Ausgangsqualifikationen signifikant höher als derjenigen mit den geringsten Qualifikationen, sodass diese Angebote oft gerade diejenigen nicht erreichen, die sie am dringendsten benötigen.

Wenn die Nachfrage nach Bildung und Qualifikationen aufgrund sich verschlechternder Aussichten auf dem Arbeitsmarkt weiter steigt, wie die Daten dieser Ausgabe vermuten lassen, werden sich die Unterschiede beim Bildungsstand zwischen den jüngeren und den älteren Altersgruppen unter den Erwachsenen wahrscheinlich weiter vergrößern. Dadurch wird sich die Gefahr der chronischen Nichterwerbstätigkeit für ältere, oft geringer qualifizierte Erwachsene vermutlich noch weiter vergrößern. Im Gegensatz zur weit höheren Bildungsbeteiligung der 20- bis 30-Jährigen sind in den OECD-Ländern weniger als 6 Prozent (5,9 Prozent) der 30- bis 39-Jährigen in Vollzeit- oder Teilzeitausbildung (Indikator C1). Während diese Zahl in einigen Ländern mit mehr als 10 Prozent deutlich höher ist (in Australien, Finnland, Island, Neuseeland und Schweden), liegt die Bildungsbeteiligung der 30- bis 39-Jährigen in anderen Ländern bei unter 3 Prozent (in Deutschland, Frankreich, Korea, Luxemburg, den Niederlanden und der Türkei sowie dem Partnerland Russische Föderation). Bei den über 40-Jährigen ist die Bildungsbeteiligung in Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Korea, Luxemburg, Mexiko, den Niederlanden, Österreich, Portugal, der Schweiz, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik, der Türkei und Ungarn sogar noch niedriger. Da lebenslanges Lernen wichtiger denn je ist, muss die Politik sich fragen, wie gut die Aus- und Weiterbildungssysteme auf die Lernbedürfnisse gerade älterer Erwachsener abgestimmt sind, die neue Kompetenzen erwerben müssen.

So weitreichend die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt auch sein mögen, die potenziellen sozialen Konsequenzen könnten noch weit länger spürbar sein. Der Bildungsstand scheint in einem positiven Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen von Bildung wie einem besseren Gesundheitszustand, einem größeren Interesse an Politik und einem ausgeprägteren zwischenmenschlichen Vertrauen zu stehen, was sich zwangsläufig in den politischen Diskussionen über Ausgabenschwerpunkte niederschlagen wird (Indikator A9). Bildung kann daher auch ein wirkungsvolles Instrument zur Minderung der sozialen Auswirkungen der Krise sein.

Gerade zu Zeiten, in denen es wichtiger denn je ist, in für die Volkswirtschaften und Gesellschaften relevantes Wissen, Kompetenzen und Kapazitäten zu investieren, wird vor allem in denjenigen Systemen ein besonderer Druck spürbar werden, deren berufliche Aus- und Weiterbildung im Sekundar- und Tertiärbereich zu großen Teilen am Arbeitsplatz stattfindet. Unternehmen, die mit Kosteneinsparungen kämpfen und Entlassungen vermeiden wollen, könnten möglicherweise zunehmend Schwierigkeiten damit haben, Ausbildungsplätze anzubieten. Die Bildungssysteme der einzelnen Länder unterscheiden sich hinsichtlich des Umfangs dieser kombinierten Bildungsgänge: In Dänemark, Deutschland, Irland, der Schweiz und Ungarn sowie dem Partnerland Estland nehmen rund 75 Prozent der Schüler im Sekundarbereich II an berufsbildenden Bildungsgängen teil, in denen schulische und betriebliche Elemente kombiniert werden (Indikator C1). In Australien, Dänemark, Island, den Niederlanden und der Schweiz können junge Menschen davon ausgehen, dass sie im Alter von 15 bis 29 Jahren mehr als 3,9 Jahre an derartigen kombinierten Ausbildungsgängen mit sowohl

schulischen als auch betrieblichen Elementen teilnehmen werden (Indikator C3). Daher sind langfristige politische Lösungen unter Beteiligung sowohl der Bildungs- als auch der Arbeitsbehörden gefragt, um einen Rückgang der auf betrieblichen Elementen basierenden beruflichen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu verhindern.

Unabhängig davon ist es unumgänglich, die beträchtlichen öffentlichen und privaten Investitionen in Bildung eingehend zu überprüfen. Die OECD-Länder insgesamt geben, alle Bildungsbereiche zusammengenommen, 6,1 Prozent der Gesamtsumme ihrer Bruttoinlandsprodukte für Bildung aus. In Dänemark, Island, Korea, den Vereinigten Staaten und dem Partnerland Israel hat dieser Anteil inzwischen mehr als 7 Prozent erreicht (Indikator B2). Die durchschnittlichen Bildungsausgaben der OECD-Länder als Prozentsatz der öffentlichen Gesamtausgaben beliefen sich im Jahr 2006 auf 13,3 Prozent und reichten von weniger als 10 Prozent in Deutschland, Italien und Japan bis zu dem wesentlich höheren Anteil von 22 Prozent in Mexiko. Wenn es um die Rolle der Bildung für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung geht, ist es nicht allein damit getan, diesen Status quo der Ausgabenniveaus zu verteidigen, sondern es muss gezeigt werden, dass die Bildungssysteme in der Lage sind, sich zu verändern, um leistungsfähiger zu werden und mit weniger Mitteln mehr zu erreichen. Demografische Entwicklungen können dazu beitragen, einige der akuten Budgetprobleme zu lindern, beispielsweise in denjenigen Ländern, die in den nächsten zehn Jahren einen Rückgang der Schülerzahlen um rund 20 Prozent erwarten; diese Länder finden sich überwiegend – jedoch nicht ausschließlich – in Mittel- und Osteuropa und Asien (Korea, Polen, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik und Ungarn sowie die Partnerländer Estland und Russische Föderation). Aber nicht alle Länder erwarten einen Rückgang der Schülerzahlen – in Irland, Spanien und dem Partnerland Israel wird die Zahl der 5- bis 14-Jährigen bis zum Jahr 2015 um mehr als 15 Prozent anwachsen (Indikator B2), und im Tertiärbereich lässt sich noch nicht absehen, wie sich die demografische Entwicklung und die steigende Bildungsbeteiligung gegenseitig beeinflussen werden.

In diesem Editorial werden einige der unmittelbar anstehenden Herausforderungen genannt, denen sich die Bildungssysteme vermutlich gegenübersehen werden, wohl wissend, dass langfristige Lösungen gefragt sind. Zur Erarbeitung dieser Lösungen werden die Erkenntnisse vieler benötigt werden und die Länder eng zusammenarbeiten müssen. Zu diesem Zwecke hat die Direktion Bildung der OECD im Internet eine Plattform zur Zusammenarbeit geschaffen: [educationtoday: OECD's education lighthouse for the way out of the crisis](#). Sie soll die Länder in den kommenden Jahren dabei unterstützen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

